

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Bangla Desh 2013

Das Parlament Bangla Deshs verabschiedete im Oktober 2013 ein Gesetz, das Folter als gravierenden Straftatbestand einstuft. Bei Verstößen gegen das Gesetz sind Haftstrafen bis zu lebenslänglich vorgesehen. Amnesty International sieht in diesem Gesetz einen Meilenstein im Kampf gegen die Folter in Bangla Desh.

Das Gesetz geht auf eine Initiative des Parlamentsabgeordneten Saber Hossain Chowdhury zurück. Er war 2002 wegen seiner politischen Aktivitäten verhaftet und selber gefoltert worden. Amnesty International betreute ihn damals als gewaltlosen politischen Gefangenen. Er wurde freigelassen, nachdem der High Court Bangla Deshs seine Inhaftierung für rechtswidrig erklärt hatte.

Während seiner Haftzeit wurde Saber Hossain Chowdhury durch Gespräche mit Mitgefangenen bewusst, dass die Folter in Bangla Desh systematisch praktiziert wurde – vor allem zur Erpressung von Geständnissen. 2008 brachte Chowdhury – nach seiner Wiederwahl als Parlamentsabgeordneter – eine Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Folter ein. Seine Initiative wurde von den lokalen Medien und von Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland unterstützt. Dies trug maßgeblich zur Verabschiedung des Anti-Folter-Gesetzes im Oktober 2013 bei. Chowdhury hofft, dass hiervon eine Signalwirkung für andere asiatische Staaten ausgehen wird.